

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend  
Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei  
ins Haus, einschließlich der Postlagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,  
„Der kleine Mann“, „Brotkrumen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer  
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsstelligen Nummern (Post) Zelle oder deren  
Raum mit 15 Bg. berechnet; auswärts 20 Bg. Bei Wiederholung ent-  
sprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Bg. Verbindlichkeit  
für Abz., Datumsverpflichtung und Beigabe von Anzeigenbelegen  
für Offerten und Auskunft beträgt 15 Bg. Zeitungsbelegen werden billiger  
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 24

Donnerstag, den 23. Februar 1933

26. Jahrgang.

## Deutscher Abrüstungs-Vorstoß

Sicherheit durch Rüstungsausgleich — Abschaffung der Angriffswaffen  
Begrenzung des Kriegsmaterials

### Japans Vormarsch

Berlin, 23. Februar.

Der seit langem angekündigte Vormarsch der Japaner  
in die nordchinesische Provinz Jehol ist in vollem  
Gange. Auf einer Breite von 150 Meilen find die Japaner  
aus dem mandchurischen Gebiet über die Grenze in das  
chinesische Hoheitsgebiet eingebrochen und haben unter Ein-  
führung moderner Kriegsmittel die der Grenze zunächst  
gelegenen Städte Kailu im Nordosten der Provinz und das  
gelegene Nankin eingenommen. Gleichzeitig  
haben sie auch die Stadt Peiping erobert und damit die  
Kontrolle über die Eisenbahn in ihre Hände bekommen. Das  
japanische Truppenaufgebot der Japaner läßt den Schluß zu,  
daß sie sich auf die Eroberung der Provinz Jehol nicht be-  
schränken, sondern ihren Vormarsch bis auf Peking und Tien-  
tsin ausdehnen werden, mit dem Ziel, die nordchinesischen  
Armeen in Nordchina zu zerstreuen. Nach den neuesten Mel-  
dungen soll am heutigen Donnerstag das auf 24 Stunden  
beschränkte Ultimatum der mandchurischen Regierung in  
Peking überreicht werden, in dem gefordert wird, daß der  
chinesische Oberbefehlshaber in Nordchina, Tchangchiungliang,  
seine Truppen aus der Provinz Jehol zurückziehe. Da kaum  
anzunehmen ist, daß die Chinesen sich dem japanischen Ulti-  
mum beugen werden und andererseits an der Durchfüh-  
rung des japanischen Vormarsches nicht zu zweifeln ist, wird  
man also mit einer Fortsetzung der militärischen Operationen  
in Ostasien rechnen müssen.

Zu gleichen Zeit, wo Japan seine neue Offensive gegen  
China eingeleitet hat, ist die Völkerbundversammlung  
in Genf zusammengetreten, um sich wieder einmal mit  
dem ostasiatischen Konflikt zu befassen und zu dem Bericht  
der Neunzehner-Kommission, in dem bekanntlich das Vorge-  
hen Japans verurteilt und die Wiederherstellung der chine-  
sischen Souveränität in der Mandchurei verlangt wird, Stellung  
zu nehmen. Es spricht sich nicht für die Autorität des  
Völkerbundes, wenn der Präsident der Vollversammlung,  
Symians, in seiner Eröffnungsrede feststellen mußte, daß die  
Versuchungen der Japaner nach einer Dauer von mehr als  
zweizehn Monaten als erschöpft angesehen werden müssen. Zu  
Beginn der Verhandlungen hatte Japan dem Rat die Zusä-  
tzung gegeben, daß der schon begonnene Rückzug der japa-  
nischen Truppen aus der Mandchurei fortgesetzt werden  
würde. Heute sind die drei östlichen Provinzen Chinas von  
Japan belegt und in einen „unabhängigen“ Staat Man-  
chukuo umgewandelt. Darüber hinaus haben die Japaner  
die chinesische Grenzstadt Schanghai nach schwerem  
Kampf belegt und sind jetzt zum Angriff auf die Provinz  
Jehol übergegangen.

Nach der Darstellung der gegenwärtigen Lage ver-  
trat der Präsident die Vermutung auf, daß die Neunzehner-  
Kommission Zeit zum Studium des Berichts der Neunzehner-  
Kommission zu geben. Die Kommission selbst bedauert, daß  
ihre Mitglieder zu dem Bericht in der öffentlichen Sitzung  
nicht mehr sprechen werden. Wahrscheinlich werden also nur  
Erklärungen der japanischen und der chinesischen Delegation  
abgegeben, worauf dann die entscheidende schwere Abstim-  
mung folgt, bei der die Stimmen der beiden Parteien nicht  
mitzählen.

Als gelegentliche Schüler haben sich die japanischen Diplo-  
maten natürlich schon längst die Propagandakünste der west-  
lichen Völker angeeignet und nutzen die Zwischenzeit bis zur  
entscheidenden Abstimmung aus, um die Völkerbundsmitglieder  
von der Berechtigung des japanischen Vorgehens in  
Nordchina zu überzeugen. Die japanische Delegation über-  
schätzte die Delegationen und die Presse mit einem neuen  
Dokument von zehn Seiten, das mit dem Bedauern beginnt,  
daß die im Bericht der Neunzehner-Kommission nicht anneh-  
men könne. Dann wird in zehn Kapiteln mit zunehmender  
Schärfe auseinandergesetzt, warum das japanische Vorgehen  
bis zum 15. September 1932 „eine Aktion der Notwehr“  
war, die infolge der Verhältnisse in China notwendig ge-  
worden wäre. „Was seitdem geschehen sei, gründe sich auf den  
Vertrag zwischen Japan und Mandchukuo, dessen Anerken-  
nung von diesem Tage datiere. Die anderen Verträge — der  
Völkerbundspakt, der Kelloggspakt und der Washingtoner  
Vertrag — füllten die Japaner offenbar wenig. Nach An-  
sicht der japanischen Delegation geben diese Verträge nur  
„allgemeine Grundsätze“ aber nicht die praktische Anwen-  
dung. Ein Rückzug der japanischen Truppen kommt selbst-  
verständlich nie in Frage, da sonst das Land den Banditen  
und den Truppen Tchangchiungliangs ausgeliefert werden  
würde. Von einer Hinzuweisung Amerikas und Australiens  
zur Beilegung der Streitigkeit will Japan auch nichts wissen,  
weil dieses Verfahren gegen die Völkerbundsatzung ver-  
stoßen würde. Hier wirt die Delegation also auf einmal zu  
Schülern des Völkerbundes auf, während es gleichzeitig selbst  
aus schwerer gegen die Bestimmungen des Völkerbunds-  
statuts verstoßt.

Den Gipfel der japanischen „Beweisführung“ stellt ab-  
er die Feststellung dar, daß „die Verantwortlichkeit für die Auf-

rechterhaltung des Friedens und der Ordnung im fernern  
Osten Japan zufällt“. Damit ist dem Völkerbund in aller  
Offenheit gesagt, daß ihm die ostasiatischen Angelegenheiten  
nicht das geringste zu kümmern hätten. Und solche Anwürfe  
muß sich die Genfer Körperschaft von ihrem eigenen  
Mitglied gefallen lassen. Ein größeres Fiasko des Völker-  
bundes kann man sich kaum denken.

### Erklärung Radolnys

Vorbedingungen der Heeres-Angleichung

Genf, 23. Februar.

Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz legte Bot-  
schafter Radolny den grundsätzlichen Standpunkt der  
Reichsregierung zu den französischen Vorschlägen auf Ver-  
einheitlichung der kontinental-europäischen Heere dar. Die  
deutsche Delegation, so führte der Botschafter aus, mache ihre  
endgültige Stellungnahme von der befriedigenden Lösung  
bestimmter Fragen abhängig.

Für den defensiven oder offensiven Charakter der Heere  
sei weniger das Wehrsystem als die Ausrüstung mit aggres-  
siven Waffen entscheidend. Deshalb sei eine alle Staaten ohne  
Ausnahme in gleicher Weise treffende Abschaffung der An-  
griffswaffen und ein Ausgleich auf dem Gebiete des Mate-  
rials von ausschlaggebender Bedeutung. Notwendig sei fer-  
ner eine namhafte Reduzierung der Personalbestände und  
ein Ausgleich, der dem Recht aller Staaten auf gleiche  
Sicherheit entspreche.

Im Sinne dieser Ausführungen legte Botschafter Ra-  
dolny dann folgenden Antrag der Reichsregierung vor:  
„Der Hauptauschuß stellt fest:

- a) daß nur Heere mit reinem Verteidigungscharakter  
mit einem System der Sicherheit vereinbar sind;
- b) daß es, um den Heeren einen Verteidigungscharakter  
zu geben, in erster Linie erforderlich ist, diesen die Angriffs-  
mittel durch Abschaffung der Waffen mit besonderem An-  
griffscharakter zu nehmen (schwere bewegliche Artillerie,  
Kampfwagen, Luftstreitkräfte, Verbot des Bombenabwurfs)  
und für jedes Heer die Menge an zugelassenem Kriegsma-  
terial festzulegen;
- c) daß es für die Schaffung eines Sicherheitssystems  
außerdem erforderlich ist, eine wesentliche Herabsetzung der  
Streitkräfte der stark gerüsteten Staaten und einen Aus-  
gleich der Streitkräfte aller Staaten vorzunehmen. Hierbei  
müssen die Leberkeitskräfte, die sich in den in der Nähe  
des Mutterlandes liegenden Leberkeitsgebieten befinden,  
ebenso wie die in Mutterlande selbst stehenden Leberkeits-  
kräfte als Teil der Heimalstreitkräfte betrachtet werden.

Der Hauptauschuß beschließt daher, bevor er sich über  
den Grundriss der Vereinheitlichung der Heerestypen aus-  
spricht: a) selbst ohne Verzögerung die Frage der Abschaf-  
fung der besonderen Angriffswaffen und die Begrenzung des  
zugelassenen Kriegsmaterials zu regeln; b) den Effektivaus-  
schuß zu beauftragen, die Bestimmungen zur Herabsetzung  
und zum Ausgleich der Streitkräfte im Sinne der Grundzüge  
des Hoover-Planes festzulegen und dem Hauptauschuß den  
Vorschlag hierüber auf einen Zeitraum von ... Tagen  
vorzulegen.“

### Roosevelts Mitarbeiter

Senator Hull wird Staatssekretär des Aeußeren.

New York, 23. Februar.

Der künftige Präsident der Vereinigten Staaten Roo-  
sevelt hat nunmehr bekanntgegeben, daß in das neue Kabi-  
nett Senator Hull als Staatssekretär des Aeußeren und Wil-  
liam H. Woodin als Schatzminister eintreten werden. Wie  
verlautet, hat Senator Swanwick das Amt des Marine-  
ministers angenommen.

Senator Cordell Hull wurde im Jahre 1871 im Staate  
Tennessee geboren. Er ist von Beruf Rechtsanwalt. Am  
japanisch-amerikanischen Krieg hat er als Hauptmann teilge-  
nommen. Von 1907 bis 1929 war er Mitglied des Repre-  
sentantenhauses. Dann ist er in den Senat übergetreten.

### Aufruf Hitlers an die NSDAP

Berlin, 23. Februar.

Der Führer der NSDAP, Reichsführer Hitler, hat fol-  
genden Aufruf erlassen:

Nationalsozialisten! Provokatorische Elemente versuchen  
unter dem Deckmantel der Partei durch Störung oder  
Sprenzung insbesondere von Zentrumsveranstaltungen die  
nationalsozialistische Bewegung zu belächeln. Ich erwarte,  
daß alle Nationalsozialisten sich in äußerster Disziplin gegen  
diese Vorfälle wenden. Der Feind, der am 5. März nieder-  
gerungen werden muß, ist der Marxismus. Auf ihn hat

sich die gesamte Propaganda und damit der gesamte Kamp-  
f zu konzentrieren.

Wenn das Zentrum in diesem Kampf durch Angriffe  
gegen unsere Bewegung den Marxismus unterstützt, so wer-  
de ich selbst von Fall zu Fall mit dem Zentrum aus-  
einanderzusetzen, diese Angriffe zurückweisen und damit er-  
ledigen.

Im übrigen: Bedacht keine gegnerischen Verleumdun-  
gen, sondern, dort, wo wir unsere eigenen Verleumdungen  
zu gewaltigen Kundgebungen der erwachenden Nation  
werden.

Nationalsozialisten! Ihr habt seit 14 Jahren die deutsche  
Erhebung vorbereitet. Ihr müßt sie heute vollenden.

### Alles für Deutschland!

Tagung des Reichsstadtebundes. — Ansprache des Reichs-  
innenministers Dr. Frick.

Berlin, 23. Februar.

Gesamtvorstand und Hauptauschuß des Reichsstadte-  
bundes, der Organisation der kleinen und mittleren Städte,  
traten im Reichswirtschaftsrat in Berlin zu einer Tagung  
zusammen, die die Mitglieder der Reichsregierung, Reichs-  
minister Dr. Frick erschienen, mit ihm Vertreter der zuständigen Mi-  
nisterien und der preussischen Staatsregierung, Vertreter der  
Provinzialbehörden, Vertreter der politischen Parteien, der  
kommunalen Spitzenverbände und anderer befreundeter Or-  
ganisationen.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Bundes-  
präsidenten Dr. Berta-Gilberg überbrachte Reichs-  
minister Dr. Frick die Grüße des Reichsführers Hitler  
und der kommissarischen preussischen Staatsregierung. Mit  
Recht, so führte Minister Dr. Frick dann weiter aus, sei an  
die Spitze dieser Tagung das Thema: „Daseinsrecht und Le-  
benswille der örtlichen Selbstverwaltung gestellt worden.“

Mit warmem Herzen bejahe er dieses Daseinsrecht und  
freue sich des Lebenswillens der örtlichen Selbstverwaltung.  
Die mittleren und kleineren Städte, in denen das Wesen  
der Selbstverwaltung reiner als in den Großstädten erhalten  
sei, würden der Regierung nicht weniger am Herzen liegen,  
als die Großstädte. Hier dürfe es keinen Unterschied geben  
(Beifall).

Die Erörterung der mit der Selbstverwaltung zusammen-  
hängenden Fragen führe zwangsläufig zu den Finanzpro-  
blemen, vor allem zu dem Problem des Finanzausgleichs  
und der Wiederherstellung finanzieller Selbstverantwortung  
der Gemeinden. Nur auf der Grundlage solcher Gemein-  
definanzen könne eine ordnungsmäßige Verwaltung in den  
Ländern wie im Reich aufgebaut werden.

Die Hauptlast seien heute die Leistungen für die Arbeits-  
losenfürsorge, deren Gesamtaufwendungen zur Hälfte auf  
den Schultern der Gemeinden lägen. Auch künftig, so er-  
klärte der Minister, werden die öffentlichen Körperschaften es  
als ihre Hauptaufgabe ansehen müssen, die Ernährung der  
arbeitslosen Volksgenossen sicherzustellen. Deshalb können  
auch die Gemeinden in absehbarer Zeit von dieser Last nicht  
befreit werden. Zeit ist es aber an der Zeit, daß Reich, Län-  
der und Gemeinden die Frage in Angriff nehmen, wie ge-  
rade auch im Interesse der Arbeitslosen die Organisation der  
Arbeitslosenhilfe vereinfacht und damit zugleich  
wirkungsvoller gemacht werden kann. (Erneute Zustimmung).

Die schwere hinter uns liegende Zeit hat zu einer star-  
ken Aushöhung der kommunalen Selbstverwaltung geführt.  
Gewiß hängt die Wiederherstellung der Selbstverwaltung mit  
neuem Leben eng mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Wie-  
deraufstieg zusammen.

Eine wichtige Voraussetzung hierfür wird sein, daß in  
den Gemeinden die Politik, die so viel Anliegen gestiftet  
hat, einer zielklaren und weitschauenden Verwaltung  
Platz macht. Der Kampf um die Zukunft der deutschen  
Selbstverwaltung wird dann siegreich beendeten werden  
können, wenn Reichs- und Staatsverwaltung mit den  
Organen der Selbstverwaltung nicht nur äußerlich zu-  
sammenwirken, sondern sich auch innerlich untereinander  
verbunden fühlen in dem einen Gedanken: Alles für  
Deutschland!

Bundespräsident Dr. Berta-Gilberg gedachte dann der Ver-  
storbenen, der Toten von Reich und Erde und des Erdbebens  
im Südwesten des Reiches, das insbesondere die Mitglieds-  
stadt Rastatt schwer betroffen habe. Im Hauptreferat über  
„Daseinsrecht und Lebenswille der örtlichen Selbstverwal-  
tung“ erklärte der geschäftsführende Präsident Dr. Häfel,  
der Rückgang der Gemeindeeinnahmen um 1600 Millionen  
und die Steigerung der Gemeindeausgaben für Arbeitslose

um 1300 Millionen gegenüber dem Stande vor drei Jahren hätten die Gemeinden in eine unhaltbare Notlage gebracht. Besondere Würdigung verdiente die von den Gemeinden bewiesene Energie in der planmäßigen Drosselung ihrer Ausgaben um nicht weniger als 1700 Millionen.

### Städtebund gegen Landratsaufsicht

Ihren Niederlagen fanden die Beratungen in einer Entschiedenheit, in der gegen die Beschränkung der Selbstverwaltungsrechte der kreisangehörigen Städte in der neueren Gesetzgebung Widerstand erhoben wird.

Im besonderen fordert der Reichsstädtebund einstimmig die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Staatsaufsicht über alle Städte und dementsprechend eine Aufhebung der Bestimmungen der preussischen Verordnung vom 3. September 1932, die die Übertragung der Staatsaufsicht über die kreisangehörigen Städte unter 10 000 Einwohnern auf den Landrat und die gleichzeitige Befreiung des Kreisaußenbüros zur Behörde und zum Verwaltungsgericht erster Instanz zum 1. April 1933 vorsehen.

## Rettung des Bauern

Rundfunkrede des Staatssekretärs Röhr — Zwei wirtschaftspolitische Hauptaufgaben der Reichsregierung  
Berlin, 23. Februar.

Der Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft von Röhr sprach im Rundfunk über die „Bauernpolitik der Nationalregierung“. Der Staatssekretär führte u. a. aus:

Die Regierung der nationalen Konzentration hat in ihrem Auftrage zwei wirtschaftspolitische Aufgaben, die sie erfüllen will: Die Rettung des Bauern und die Rettung des Arbeiters, gleichberechtigt nebeneinander gestellt. Meine Aufgabe heute abend ist es, Ihnen die Bauernpolitik der Nationalregierung zu erläutern. Zunächst haben wir da einige Aufbaumassnahmen zu leisten. Dazu gehört die Zuerstbefreiung der Umschuldung und zwar nicht nur im Gebiet der Dillische, sondern auch noch darüber hinaus.

Es war ein großer Fehler, den die heute an der Nationalregierung beteiligten Kräfte sofort als solchen erkannt und bekämpft haben, diese ganze Hilfe schon als wirkliche Agrarpolitik hinzustellen.

Es ist natürlich richtig, daß der einzelne Landwirt nach der Möglichkeit greift, die ihm Dillische und Umschuldung bieten, um die Lage des Betriebes zu erleichtern, und es ist ganz ungeheuerlich, wenn man jetzt diese Umschuldung — die doch vom Gesetzgeber gemollt ist — denen, die davon Gebrauch machen, gleichsam als einen Akt der Korruption zum Vorwurf macht. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, sei aber noch hinzugefügt, daß eine Umschuldung gar keine Bereicherung des Besitzers ist, sondern eine Auszahlung an die Gläubiger.

Wir werden also die Umschuldung beschleunigt zu Ende führen. Die Umschuldung aber hat nur einen Sinn, wenn nun in der Zwischenzeit eine Agrarpolitik durchgeführt wird, die jenem ungeunden Mißverhältnis in den Preisen ein Ende macht, damit der Bauer ohne künstliche Hilfen aus eigener Kraft die Scholle bestellen und halten kann.

Zur Gesamtpolitik auf dem agrarischen Gebiet gehören zunächst einige Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, diejenigen landwirtschaftlichen Betriebszweige, die noch einen offensichtlichen gefunden Zug zeigen, vor dem allgemeinen Strudel der Verelendung zu bewahren. Die Nationalregierung hat uns die Möglichkeit gegeben, das Verläumte, wenn auch nicht ganz, so doch zum guten Teil, in Ordnung zu bringen.

#### Eine Einstellungsprämie.

Nach auf eine andere Hilfe möchte ich hinweisen. Sie gilt insbesondere der Bauernfrau. Zahllose Bauernfamilien haben in der Not ihren letzten Ruch und die letzte Wadg entlassen. Mann und Frau werden dadurch in einem Maße angepannt, wie es beispiellos und auf längere Zeit nicht zu verantworten ist.

Wir hoffen, daß noch in dieser Woche eine Möglichkeit geschaffen wird, dem Bauern, der eine zufällige Arbeitskraft einstellt, einen Barbetrag auszusprechen, der dem entspricht, was die öffentliche Hand sonst für den Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger auszuwenden hätte.

WOLFGANG MARKEN:

## KARL der Kleine

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(53. Fortsetzung.)

Das geschah, und das nächste war, daß Karl den früheren Finanzminister Roberti, der mit unterschrieben hatte, telefonisch zu sich bat.  
„Roberti stelle sofort fest, daß seine Unterschrift gefälscht ist. Dann ist ... Shersborough ... ein Betrüger!“ rief Colleani hervor.  
„Es scheint so!“  
„Ich werde ihn verhaften lassen!“ erklärte der Bankier.  
Robert geht, und auch Colleani will sich verabschieden.  
„Sie haben Trauer im Hause?“ fragt Colleani beim Weggehen.

„Ja, meine ... Frau ist gestorben, Mister Colleani! Ja, Sie sehen mich unglaublich an. Meine Frau! Ich habe sie vor sechs Tagen geheiratet, als sie schon den Reim des Todes in sich trug. Ich wollte sie vor einem traurigen Schicksal bewahren. Sie sollte die Schuld ihrer Mutter hinter Klostermauern büßen. Das wollte ich nicht zugeben; ich hoffte, die Arme noch dem Leben erhalten zu können, und darum machte ich sie zu meiner Frau. Begreifen Sie das, Mister Colleani?“

„Ja ... ja ... Aber ... mer war die schlechte Mutter, die ihrem Kinde das antun wollte?“

„Donna Colleenhouge!“

Colleani hielt einen Schrei aus, er zitterte, wandt, so daß ihn Karl stützen muß.

Die Jüge des alten Mannes sind verzerrt.

„Oh, heilige Mutter! ... Warum läßt du mich zu spät an diese Stätte kommen ... o erbarmungsloser Tod!“

„Was haben Sie, Mister Colleani?“ ruft Karl erschrocken.

Da bricht der alte Mann in Tränen aus. Seine Worte überstürzen sich, unverständlich sind sie für Karl.

„Führen Sie mich zu ihm!“ bittet der Alte schluchzend.

Karl weiß nicht, was das alles zu bedeuten hat.

Er erfüllt die Bitte und geleitet den Erregten in das Totengemach.

schalt vor weiterer Abstruz zu bewahren. Es gilt, die gesamte Landwirtschaft einen Weg zu führen, auf dem sie die ihr von Gott gegebene Aufgabe, das eigene Volk mit allem zu versorgen, was seines Lebensnaturs und Nahrung erfordert, in größtmöglicher Ausmaße wieder erfüllt.

Aus dieser Lage ergibt sich die Richtung unserer Politik. Das Mittel, mit dem wir sie führen, ist die Preisgestaltung. Deshalb haben wir jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um von den bisherigen zu niedrigen Preisen loszukommen. Und wir können feststellen, daß unsere Maßnahmen von Erfolg begleitet sind.

#### Verwendet deutsche Erzeugnisse

Aber auch über den reinen Zollschutz hinaus werden wir versuchen, die deutschen Waren an die Stelle der ausländischen zu setzen. Dem Beispiel der Reichswehr folgend sollen auch die Stoffe, die von der Schuppe, von den Beamten der Reichsbahn und der Post getragen werden, eine feste Bezeichnung deutscher Wolle erhalten. Von der Lederindustrie erwarten wir, daß sie deutsche Häute, von der Papierindustrie, daß sie deutsche Zellulose, von der Seifenindustrie, daß sie deutsche Seife verwende. Wo der Weg der Freiwilligkeit nicht genügt, wird die Nationalregierung um des Ganzen willen zum staatlichen Zwange schreiten. Und wir werden alles tun, daß S.S., S.V., Stahlhelm und die nationalen Organisationen unserem Gedanken folgen und im ganzen deutschen Volke als ein Ausdruck nationaler Selbsthaltung der gleiche Wille zur Verwendung solcher Waren zur Geltung kommt.

Sehr lödend ist es, daß wir eine Fülle von Bindungen haben übernehmen müssen, die wir erst allmählich lösen können. Die schlimmste darunter: Das erste im Herbst beschlossene Butterkontingent, an dessen Einfuhr wir bis November gebunden sind. Wir werden ganz außerordentliche Maßnahmen treffen, um den durch das Butterkontingent eingetretene Druck auf die Milchpreise auf andere Weise auszugleichen. Von der Landwirtschaft erwarten wir, daß sie schnell und entschlossen den gewiesenen Weg betritt.

#### Beschränkung der Futtermittelfuhr

Wir werden noch in diesen Tagen Möglichkeiten eröffnen, den unbedingt notwendigen Getreide- und Futteranbau zu verstärken. Darüber hinaus rater wir dem Landmann, in diesem Frühjahr den Bau eigener Futtermittel — insbesondere Silage und Hülsenfrüchte — nachdrücklich zu verstärken, da — sobald die Preise für Milch, Eier und die sonstigen Veredelungsprodukte in Ordnung sind — die Nationalregierung die Einfuhr ausländischer Futtermittel im bisherigen Ausmaße nicht mehr zulassen wird.

Ohne gerechte Preise für Karoffeln und Schweine ist jede Disziplinierung und ohne gerechte Preise für Gemüse und Obst ist jede Kleinanfertigung in meinen Augen ein glatter Siedlungsbruch. Wie aber — so höre ich meine städtischen Zuhörer fragen, — vertritt sich das alles mit uns und unserer Not? Darauf möchte ich Ihnen antworten, daß die Rettung des deutschen Bauern und die Rettung des deutschen Arbeiters aus ein und derselben Quelle fließt. Die Frage, wie weit uns noch der Export helfen kann, will ich nicht vertiefen. Nur der Nettoüberschuss der Ausfuhr über die Einfuhr bedeutet einen Arbeitsgewinn. Nimmt man dem deutschen Bauern die Lebensmittel ab, anstatt der ausländischen, so entsteht neue zulässige Kaufkraft in Deutschland, die sonst an das Ausland verlorengegangen wäre.

Das ist der tiefste Grund dafür, daß die Anfurberung der Wirtschaft vom Lande her an Wirkung alle anderen Anfurberungsversuche übertrifft. Und damit entscheidet sich das Schicksal des Städtlers. Er ist arbeitslos, weil man den Binnenmarkt einem in die Irre gehenden Weltmarkten geopfert hat, und er findet Arbeit und Einkommen in dem Augenblick, wo der Binnenmarkt von neuem erblüht.

Wir kehren zurück zu den ewigen Gesetzen gesunder Volkswirtschaft. Wir wissen aus der Geschichte, daß Volk auf Volk verging und Staat auf Staat zerbrach, wenn die Wurzeln sich lösten, die im Ader ruhen. Alles ist untreu in der Welt. Treu allein ist der Boden, auf dem wir stehen.

### Abbau der Sammelschulen in Preußen

Religionsunterricht in Berufs- und Fortbildungsschulen.

Berlin, 23. Februar.

Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ meldet:

„Die Kommission des Reiches für das Land Preußen stimmte in der letzten Sitzung einstimmig für den

Als Colleani die Tote sieht in ihrer Schönheit und Kindlichkeit, da bricht er in die Knie.  
„O Gott, du in deiner Barmherzigkeit ... warum schlägst du mich zu Boden!“

Donna Colleenhouge hat sich von dem Betischmel erhoben, sie blickt auf den toten Mann, hört eine Stimme, die trotz der Vergangenheit wieder erbeben läßt.

Ein Schrei entfährt ihrem Munde, hilflos starrt sie auf den Toten.

Verwirrt verläßt Karl den Raum.

Zwei alte, vom Leben zerbrochene Menschen bleiben bei der Toten zurück.

„Am ... bist du es?“ leucht Colleani.

„Ernest ... du ... kommst?“

Die Knie zittern der Frau, als sie den Namen spricht. Sie hat Angst vor dem drohenden, wilden Blick des Mannes.

„Ja ... ich bin ... ich bin ... Ernest Colleani ...“

du hast meinen vollen Namen ja nie genannt ... wolltest ihn nicht wissen. Du ... ist das ... Kind ... ist die Tote ... mein Kind ... lag's ... bei der heiligen Mutter ... lag's!“

„Ja ... ja ... ja! Es ist unser Kind!“

Da sinkt der alte Mann weinend zusammen und tastet zitternd nach der kalten Hand der Toten.

„Oh ... Gebenedeite! ... Du gültige Mutter der Gnade!“

Warum hast du sie nicht leben lassen ... Warum bist du nicht dazwischen getreten, als der grimmige Tod sie mit sich nahm! Mein Kind ... mein Kind ... und ... ich ... hab's nicht gemußt!“

Aufgelöst in seinem Schmerz, meint der alte Mann hemmungslos am Lager der Toten

Er streichelt über ihr Bodenhaar.

„Du Reine ... du Opfer unserer Schuld! Du Arme ... du lächelst noch im Tod! Du ... die eine Mutter vergaß ... im Hof ... im Hof!“

„Merzeihe mir!“ jammert die alte Frau. „Ich war so schlecht, und mein Herz war von Stein. Ich will büßen was ich tat.“

„Büßen ... wie willst du büßen?“ quält es sich über die Lippen des alten Mannes. „Du ... die mich einst in Härte von sich stieß, bu, die mich betrog um Glauben und Liebe. Weißt du, warum ich von dir ging, mich weiglich wie ein geprellter Hund ... weißt du es noch? Am Totenbette unseres Kindes muß ich dir's sagen ... muß ich das Ver-

Vorschlag des Reichstommars für den Reichstommars des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, einen Abbau der sogenannten weltlichen Schulen (Sammelschulen) ab Ostern 1933 in die Wege zu leiten.

Sie haben außerdem grundsätzlich ihr Einverständnis dazu erklärt, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Berufsschulen und Fortbildungsschulen eingeführt wird. Die näheren Ausführungsbestimmungen sind in Vorbereitung.“

## Finanzdebatte im Kabinett

Einführung eines Reichstommars für die Reorganisierung des Krankentassenwesens

Berlin, 23. Februar.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in Fortsetzung seiner Beratungen mit der Finanzlage und nahm einen Bericht des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk entgegen. Am Januar hat Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk seine Darlegungen vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages den Fehlbetrag im Reichsetat für Ende März mit 2,2 Milliarden Mark berechnet. Den Fehlbetrag für die Länder schätzte Graf Schwerin von Krosigk für 520 Millionen Mark, den Fehlbetrag der Gemeinden auf eine Milliarde Mark.

Die am Vortage vom Reichskabinett beschlossenen Maßnahmen zur Aufhebung der Krankentassenbeiträge werden nunmehr in eine Verordnung hineingearbeitet werden. Deren Befristung für die nächsten Tage zu erwarten ist.

Wie verlautet, beschäftigt die Reichsregierung, einen Reichstommars einzuführen, der die Geschäftsführung der Krankentassen, den Aufbau ihrer Organisationen und die Verhältnisse nachprüfen soll, die sich bei den Krankentassen entwickelt haben. Dies soll vor allem im Hinblick auf die Tatsache geschehen, daß in den letzten Jahren ein ständiger sehr erheblicher Rückgang der Einnahmen der Krankentassen erfolgt ist, ohne daß aber der gleiche Verwaltungsaufwand dem angepaßt worden wäre. Die Aufgabe des neu einzuführenden Reichstommars soll also vor allem der Nachprüfung des gesamten Krankentassenwesens und den Vorbereitungen einer Krankentassenreform dienen.

### Reichstommars Dr. Wienbeck

Der zum Reichstommars für den gewerblichen Mittelstand beim Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagene Syndikus Dr. Erich Wienbeck ist am 20. November 1876 in Weesbad, Kreis Hildesheim, geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums zu Wertheim, Berlin und Jena studierte er seit 1897 zuerst in Berlin, dann in Halle, Bonn und Philosophie. 1902 trat er als Hilfsarbeiter bei der Handelskammer Frankfurt (Oder) ein. Seit 1904 ist er Syndikus der Handelskammer Hannover. Von 1914 bis 1918 war er als Leutnant der Reserve und Regimentsadjutant eines Infanterie-Regiments an der West- und Ostfront. Seit 1918 ist Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Hannover der Deutschen Nationalen Partei. Dem Reichstag gehörte Dr. Wienbeck seit 1920 an. Er wurde 1920 im Wahlkreis 16, Südhannover-Braunschweig, 1926 bis 1930 war er außerdem Mitglied des Enqueteausschusses.

### Die Zuständigkeits-Zuschüsse

Amtlich wird mitgeteilt:

„Die Reichszuschüsse für Inlandleistungsarbeiten dürfen nach einem Beschluß des Reichskabinetts in Zukunft auch für Inlandleistung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude gegeben werden. Erweitert ist ferner die Befugnis des Reichsarbeitsministers zur Übernahme der Reichszuschüsse für Inlandleistungsarbeiten. Die Bürgschaft kann auch für die Inlandleistungsarbeiten der Wirtschaftsgebäude und für den Umbau von gewerblichen und sonstigen Räumen zu Wohnungen gegeben werden.“

### Kleine politische Meldungen

Der Botschaftswechsel des schwedischen Reichstags hat den Regierungsantrag angenommen, der die Reichsbank weiterhin bis zum 20. Mai von der Verpflichtung entbindet, die schwedischen Banknoten in Gold einzulösen.

Im englischen Unterhaus wurde amtlich mitgeteilt, daß zur Verhandlung zwischen der englischen Regierung und der deutschen Gesellschaft über die Wiederaufnahme des Baues an dem Reichsdampfer der Cunard-Gesellschaft geführt werden.

Anlässlich der neuerlichen mohammedanischen Unruhen in den indischen Staaten Uttar hat die indische Regierung beschließen, ein englisches Beamtens zum Ministerpräsidenten des Staates zu ernennen.

gangene noch einmal auferstehen lassen. Denkt du noch an die Stunde, da du dein Geld als Trumpf hochhockst in der Schule unseres Glückes wartest? Da bin ich gegangen, und ich hab' dich getrieben, nur nach Reichtum zu streben. Ich wollte, ich, daß ich noch tüchtiger sein konnte im Zusammenraffen, wie du! Und ich bin reich geworden! Gleichzeitig arm! Alle Freude ist mir genommen worden durch den Kampf ums Geld! Du hast mich auf den Weg der Mammons begeben. Du hast mich um meinen ganzen Lebensinhalt betrogen. Du hast mir mein Kind genommen. Du hast es sterben lassen ... hörst du ... in alle Winde ... es schreien ... du hast es hingemordet! Du ... Mutter ... du schlechte Mutter du!“

Die Schwäche übermannt ihn, er sinkt halb ohnmächtig zusammen.

Eine tiefenhasstige Schuld hat sich vor der alten Frau aufgetürmt.

Auch sie ist am Zusammenbrechen.

Da tritt Karl bleich ins Zimmer.

Zwei brennende Augenpaare starren ihn an, als hätte sie Hilfe und Trost bei ihm.

„Stört die Ruhe der Toten nicht mit eurem Haß! Sie sind tot, wie sie lächeln ... sie ist verlobt und glücklich gestorben, sie hat geliebt für euch beide, und wenn wir sie lebten Ruhe bekämen, dann müß auch euer Haß mit zu Grabe getragen werden. Die Tote will es! Schwört es beim Denken Angelicas, die rein in den Tod gegangen ist!“

Wie ein Gebet schwebt es durch den stillen Raum.

Da erhebt sich der alte Mann. Ein großer Frieden ist in seinem Antlitz. Er wankt zu Karl und schlingt beide in seinen Arme.

„So ... bist du doch ... mein Sohn geworden! So Vater zu mir!“

„Ja, Vater! Geh ... überwinde dich, gib Angelicas die Hand zur Verlobung. Wir müssen alle den Tod begreifen.“

Und in dieser Stunde verabschieden sich drei Menschen von der Tote lächelnd friedlich.

Man trug Angelica zu Grabe.

Montevideo gab ihr, die unbekannt und zurückgelassen durchs Leben gegangen war, das Geleit; es war wie ein Ausgleich.

(Fortsetzung folgt.)

[illegible]

## 15 Millionen für Osthilfe-Gläubiger

Berlin, 22. Februar.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichskommissar für die Osthilfe hat wiederholt Anweisungen gegeben, daß die Forderungen der Handwerker und Kleingewerbetreibenden im Rahmen der einzelnen Entschuldungsverfahren voll berücksichtigt werden.

Darüber hinaus hat sich der Reichskommissar für die Osthilfe jetzt erklärt, zur weiteren Verminderung der Verluste der mit der östlichen Landwirtschaft verflochtenen nicht genossenschaftlich organisierten gewerblichen Gläubiger, insbesondere der Händler und Handwerker, bei der Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe im Osthilfegebiet den Betrag von 15 Millionen RM — verteilt auf fünf Rechnungsjahre — zur Verfügung zu stellen.

## Schwere Zusammenstöße

Zwei Tote in Berlin — Zwei Arbeiter durch Bauchschüsse schwer verletzt

Berlin, 23. Februar.

In nächster Stunde kam es in Spandau zu blutigen Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern, die zwei Todesopfer forderten. Gegen ein Uhr entspann sich vor einem kommunistischen Verkehrslokal in der Brückenstraße eine Schießerei, bei der der 29jährige Nationalsozialist Gerhard Schlemminger getötet wurde. Eineinhalb Stunden später kam es in der Potsdamer Straße in Spandau erneut zu einer Schießerei. Zwei Arbeiter namens Artur Giesecke und Richard Gieseler wurden durch Bauchschüsse schwer verletzt. Eine noch unbekannte Person wurde getötet.

Weiter wurde in der Schönhaferstraße in Neukölln der Gastwirt Willi Kluth durch einen Pistolenschuß verletzt. Am Bezirk Friedrichshagen wurde eine Anschlagsschule in Brand gesetzt.

## Ein Toter in Hannover

In Hannover wurde in einer sozialdemokratischen Versammlung im Osterturn ein Verammlungsmitglied getötet; fünf Personen wurden schwer verletzt. In einer zweiten SPD-Versammlung in Buchholz wurden vier Personen schwer und sieben leicht verletzt.

## Ueberfall auf ein NSDAP-Lokal

Zwei Tote.

Die Polizeipressstelle Hamburg teilt mit: Gegen 18 Uhr zog ein Trupp von etwa 20 Kommunisten vor das nationalsozialistische Verkehrslokal „Adlerhotel“ in der Schanzestraße, zertrümmerte mehrere große Scheiben und gab auf der Flucht eine Anzahl Revolverschüsse ab. Zwei weibliche Passanten, die 17jährige Ingeborg Hellwig und die 57jährige Ehefrau Cina Stachowiat, beide aus Altona, wurden getroffen. Fräulein Hellwig erhielt einen Armschuß, Frau Stachowiat ein Halsschuß. Letztere ist auf dem Transport in ein Krankenhaus gestorben. Weiter wurde durch Mierenschuß der Altonaer Gastwirt Wilhelm Schnörig, der gleichfalls durch die Schanzestraße ging, so schwer verletzt, daß er inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Ein SA-Mann erhielt einen Oberschenkelchuß. Die Täter entkamen im Schutze der Dunkelheit.

## Zwei Nationalsozialisten verurteilt

In Wittenberge werden zur Unterstützung der Polizei SA- und Stahlhelmleute zu Patrouillen eingesetzt. Als abends einige junge Nationalsozialisten durch die Berliner Straße gingen, entspann sich zwischen ihnen und zwei jungen Kommunisten ein kurzer Wortwechsel, in dessen Verlauf der 19jährige Kommunist Schubert eine Pistole zog und neben Schüsse auf den Nationalsozialisten M u n g e r t abfeuerte.

Dieser brach zusammen und wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er sofort operiert werden mußte. Sein Zustand gibt zu Bedauerns Anlaß. Der Schatzführer Mied erhielt einen Armschuß.

Im allgemeinen Tumult gelang es dem Revolverführer, zu entkommen. Die Polizei nahm eine sofortige Durchsuchung beim Bruder des getöteten Täters, dem städtischen Arbeiter Wilhelm Schubert vor, der als gewalttätiger Kommunist bekannt ist.

Dabei entdeckte sie eine Geheimdruckerei sowie eine hohe Auflage verborbener Druckschriften. Ferner wurden Waffen und Munition beschlagnahmt. Schubert und seine Frau wurden sofort verhaftet.

## Tumult in einer Stegerwald-Versammlung

Das Polizeipräsidium Krefeld teilt mit: Die in der Stadthalle stattgefundene Versammlung der Zentrumsgruppe war von etwa 1200 Personen besucht, darunter auch eine größere Zahl Angehöriger anderer Parteien und Verbände.

Die Versammlung mußte voreilig aufgelöst werden, da infolge einer Heftigkeit des Redners Ruhe und Gegenseite erloschen, die sich in Verbindung mit dem Wurf einer Rauchpatrone bis zum Tumult steigerten. Da sich die von dem diensthabenden Polizeioffizier zunächst angeordnete Räumung der Galerie als nutzlos erwies und sich inzwischen an mehreren Stellen des Saales Schlägereien entwickelten, sah sich dieser veranlaßt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären. Die Räumung vollzog sich ohne weitere Zwischenfälle.

Von der Zentrumsgruppe in Krefeld wird dazu mitgeteilt, daß Reichsarbeitsminister a. D. Stegerwald tatsächlich anwesend gewesen sei. Stegerwald befand sich wohl auf. Unter einigen Beulen hinter den Ohren, die von Faustschlägen herrührten, habe Stegerwald keine Verletzungen davongetragen. Der Vorstand der Krefelder Zentrumsgruppe hat ein Telegramm an den Reichskommissar für das preußische Innenministerium, Reichsminister Göring, geschickt.

Nach Mitteilungen aus Kreisen der kommunistischen preußischen Staatsregierung ist eine amtliche Untersuchung der Vorfälle bei der Stegerwaldversammlung in Krefeld eingeleitet worden. Reichskommissar von Papen hat, wie weiter verlautet, seine Billigung über die Vorfälle ausgesprochen.

## Broschüren und Flugblätter beschlagnahmt

In Kiel hat die politische Polizei in einer Drogerie ein geheimes Lager illegaler kommunistischer Druckschriften entdeckt. Bei der Ueberholung der Drogerieräume wurden 42 000 Exemplare eines hochverräterischen Flugblattes gefunden. Die illegalen kommunistischen Druckschriften sollten in den nächsten Tagen zur Verbreitung gelangen. Der Druckerbesitzer wurde wegen Unterstützung hochverräterischer Unternehmungen festgenommen.

In Gladbach-Rhendt wurde in den letzten Tagen der Rheinischen Druckerei eine große Auflage von Flugzetteln, die von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Flugzettler herausgegeben worden ist, sowie 30 000 weitere Broschüren beschlagnahmt. Der Inhalt der Flugblätter und Broschüren soll gegen die Verordnung der Reichsregierung zum Schutze des deutschen Volkes verstoßen.

## 250 Tote in Schanghai

Schanghai, 23. Februar.

Die mit den Aufräumungsarbeiten auf der infolge einer Explosion niedergebrannten Gummimantelfabrik in Schanghai beschäftigten Arbeiter und Feuerwehrlente haben Leichen von 98 Arbeiterinnen geborgen. Unter den Toten waren mindestens noch 160 Arbeiter und Arbeiterinnen begraben liegen.

## Schiffszusammenstoß an der Küste Islands

Reykjavik, 23. Februar.

In der Nähe von Reykjavik stieß der deutsche 2000-Tonnen-Frachtdampfer „Brigitte Sturm“ nahe der Küste mit dem isländischen Fischdampfer „Papey“ zusammen, unmittelbar darauf sank. Neun Befahungsmisglieder des „Papey“ ertranken, die übrigen drei Mann konnten vom dem deutschen Dampfer gerettet werden.

Vor fünf Tagen strandete an der Südküste Islands der deutsche Fischdampfer „Gustav Meyer“ aus Westermünde. Die Befahrung konnte erst jetzt völlig erschöpft den Strand erreichen. An der Nordküste sind vor einigen Tagen zwei englische Fischdampfer bei starkem Sturm getrieben. Auf hier konnten die Mannschaften die Küste erreichen. Englische Fischdampfer, die von Westland nach Reykjavik zurückgefahren sind, berichten über außergewöhnlich starke Eisbildung in der Nähe der Küste.

## Politische Rundschau

Ernennung der Militärattachés Anfang März. Wie verlautet, ist die Ernennung der deutschen Militärattachés für eine Reihe fremder Staaten für Anfang März zu erwarten. Ueber die seinerzeit bereits genannten Militärattachés und Marineattachés hinaus dürften voraussichtlich noch für einige weitere Hauptstädte Attachés ernannt werden. So ist u. a. für Wien Generalleutnant M u s s i n Aussicht genommen.

Landrat Rotberg bleibt in Goslar. Nachdem Landrat Rotberg in Berlin eine Bepfprechung mit dem Reichskommissar für Preußen, von Papen, und dem kommunistischen preußischen Innenminister Göring gehabt hat, ist seine Ernennung zum Regierungspräsidenten von Kassel rückgängig gemacht worden. Rotberg bleibt somit dem Landkreis Goslar als Landrat erhalten.

Erhöhung von Delfölzen. Auf Grund der Kündigung einzelner Positionen des deutsch-französischen Handelsabkommens kommen mit Wirkung vom 1. März 1933 die Vertragskollagen von 250 Mark je Doppelpentner für Rapsöl und Rübsöl, Erdnussöl und Baumwollsaamenöl in Fortfall und an deren Stelle treten die autonomen Sätze von 4 Mark je Doppelpentner.

## Spangenberg Lichtspiele

Das große Tenfilmprogramm



Ein Film aus einer großen schweren Zeit.

Ein grandioses Schauspiel von wagemutigen Leben und heldenhaftem Sterben deutscher Männer, die die Freiheit des Vaterlandes über alles liebten. Der Odem einer großen Zeit weht aus dem Film, den keiner verläßt, ohne bis ins Innerste erschüttert zu sein.

## Wie Städte wachsen.

Vom Mittelalter bis zur Neuzeit.

Vorstellungen:

Sonnabend 20<sup>15</sup> Uhr  
Sonntag 15 Uhr Familienvorstellung  
Sonntag 20<sup>15</sup> Uhr  
Montag 10 Uhr f. Spangenberg, Schulen  
Montag 1<sup>15</sup> 13 Uhr f. ausw. Schulen



## T. V. „FROHER MUT“ SPANGENBERG

Vom 3. Bezirk des Rulda Oder Gaus ist für nächsten Sonntag, den 26. Februar ein

### Lebensmarsch

festgesetzt. Der Bezirk markiert in drei Gruppen. Die Turner dieser drei Gruppen treffen sich an drei Plätzen.

Treffpunkt für Spangenberg ist der Wildberg (Gaiener Höhe). Abmarsch 8 Uhr vormittags (die Schneeschuhabteilung in Schneeschuhen), die anderen zu Fuß vom Marktplatz aus. Uittung: Ruhig.

Besprechung am Freitag und Sonnabend abends 7/9 Uhr im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Freisch eingetroffen:

Feinste Pralinenmischungen,  
Weinbrand Bohnen,  
Mokka Bohnen,  
Gelee Früchte,  
H. Mohr.

## Deutscher Abend

der

N. S. D. A. P.

### Ortsgruppe Spangenberg

am Sonnabend, den 25. Februar 1933 abends 8 Uhr

im Heinzschen Saale

Vortragsfolge:

Eröffnungsmarsch  
Vorpruch  
Feiters aus dem Soldatenleben  
Insprache: Lehrer P. Wilmann  
Hort Weisel (Theaterstück)  
(Leben und Sterben eines deutschen Freiheitstämpfers).  
Militärmärsche.

Die gesamte deutsch fühlende und denkende Bevölkerung Spangenburgs und Umgegend laden wir hiermit herzlich ein.

Untofenbeitrag 40 Pfg. Erwerbslose 20 Pfg.  
N. S. D. A. P.  
Ortsgruppe Spangenberg.

200 Köpfe

## Blumenkohl

schöne gr. Köpfe Stck. nur 25,-

Prachtv. Mischobst Pfd. 48,-

Pflaumen Pfd. 28,-

Aprikosen Pfd. 88,-

Vierfrucht Marmel. Pfd. 45,-

Apfelgelee Pfd. 50,-

Pflaumen-Mus Pfd. 45,-

Preißelbeeren Pfd. 50,-

Süßrahmbutter 1/2 Pfd. 60,-

Fr. Bücklinge „ 22,-

## Hess. Lebensmittelhaus.

Inh. Siebenhausen & Deisenroth.

Spangenberg

Markt

## Randiszucker, Brustfaramellen, Malzzucker, Bienenhonig

H. Mohr.

## Chorverein

„Liebertänzen“

## Donnerstag Abend

7/9 Uhr

## Gesangsstunde

im „Grünen Baum“

Der Vorstand.



Stempel aller Art  
sammelt u. preiswert  
Verlag d. Spangenberg. Zeitung  
H. MUNZER  
SPANGENBERG, 252. C. 11